

Warum CETA immer noch ein wichtiges Thema ist

Als vor einigen Jahren über die Freihandelsabkommen TTIP und CETA verhandelt wurde, protestierten Zehntausende gegen diese Verträge. Inzwischen ist TTIP gescheitert, CETA dagegen wird bereits vorläufig angewendet. Noch sind die umstrittenen Sonderklagerechte vor den Schiedsgerichten nicht in Kraft getreten. Doch während andere Themen das öffentliche Interesse beschäftigen, will die Bundesregierung nun - weitgehend unbemerkt - CETA durch den Bundestag ratifizieren lassen.

Gerade in Zeiten der Energieknappheit scheint ein Vertrag mit Kanada sinnvoll, um Alternativen zu russischen Rohstoffen zu sichern. Internationale Abkommen sind außerdem dringend nötig, etwa um gemeinsam gegen die Klimakrise oder den Verlust der biologischen Vielfalt vorgehen zu können. Doch vom Umweltgedanken findet sich wenig in den Verträgen, im Gegenteil: Die geplante Richtlinie, die besonders klimaschädliche Treibstoffe wie z.B. Öl aus kanadischer Teersandproduktion vom europäischen Markt genommen hätte, wurde gestrichen.

Stattdessen bedient das Abkommen vor allem Konzerninteressen: Neben Vereinfachungen von Normen oder dem Abbau von Zöllen geht es darum, den Konzernen Sonderklagerechte einzuräumen. Damit könnten Unternehmen mit Sitz in Kanada den deutschen Staat vor speziellen Schiedsgerichten zu horrenden Entschädigungen verklagen, wenn ihre Gewinne durch ein verschärftes Umwelt- oder Klimaschutzgesetz beeinträchtigt werden. So ist es gerade Italien im Rahmen des Energiecharta-Vertrags ergangen: Weil das Land dem Konzern Rockhopper nicht erlaubt hat, in der Adria Öl zu fördern, ist es von einem Schiedsgericht zu 250 Millionen Euro Schadensersatz verurteilt worden.

Dienun beabsichtigte "Interpretationserklärung", die nach Absicht des Wirtschaftsministeriums dafür sorgen soll, dass Staaten nur wegen direkter Enteignung und Diskriminierung und nicht wegen sogenannter "indirekter Enteignungen" verklagt werden können, ist unzureichend. Ein juristisches Kurzgutachten kommt zu dem Schluss, dass sie nicht rechtlich bindend sei.

Deshalb warnen Verbände und Organisationen diesseits und jenseits des Atlantiks davor, das Abkommen endgültig in Kraft zu setzen: "CETA schützt einseitig Konzerninteressen, indem es demokratische Willensbildung untergräbt und wirksame Politik zum Schutz von Klima, Umwelt und dem Sozialen verhindert." Dem Ausstieg aus fossilen Energien würde CETA Steine in den Weg legen. Auch die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Organismen oder andere Verbraucherschutzkriterien könnten aufgeweicht werden. Trinkwasser, dessen Bedeutung uns gerade durch die Trockenheit erst richtig bewusst wurde, wäre als Investitionsgut rein wirtschaftlichen Interessen unterworfen.

Die Welt hat sich seit dem Aushandeln der Verträge enorm verändert. Die Abkommen müssen so angepasst werden, dass sie dazu beitragen, die großen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, statt sie zu verschärfen. Ansonsten entstehen neue Abhängigkeiten. Wie fatal das sein kann, haben wir gerade gelernt.